

Editorial: Österreichs schwaches Wachstum wirft Fragen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf – schwierige Verhandlungen um TTIP

Ernest Gnan, Ralf Kronberger

2015 und die ersten Monate von 2016 waren auf **globaler** Ebene durch einen starken und dauerhaften Ölpreisverfall, politische und wirtschaftliche Unsicherheiten sowie eine merkbliche Wachstumsverlangsamung in – und massive Kapitalabflüssen aus – den Schwellenländern geprägt. Die Ölpreisbaisse wirkte – anders als in vergangenen Episoden – in den ölimportierenden Ländern nicht eindeutig vorteilhaft, da sie über eine Schwächung der Nachfrage aus den Schwellenländern sowie über eine Verschärfung disinflationärer Tendenzen auch die Wirtschaftsentwicklung der ölimportierenden Industrieländer beeinträchtigte. Der Welthandel entwickelte sich schwach. Die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung in den großen Währungsräumen spiegelte sich in auseinanderlaufenden Ausrichtungen der Geldpolitik in den USA einerseits und in Europa und Japan andererseits wider. Diese Entwicklungen fanden auch in massiven Anpassungen der globalen Wechselkursrelationen ihren Ausdruck, die sowohl die großen Weltwährungen der Industriestaaten als auch zahlreiche Währungen wichtiger Schwellenländer betrafen. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen blieben grundsätzlich günstig oder verbilligten sich weiter, allerdings forderte die hohe Unsicherheit in Form erheblicher Schwankungen an den globalen Aktien- und Anleihemärkten ihren Tribut. Der jüngste World Economic Outlook des IWF vom April 2016 steht unter dem Motto, dass das Weltwirtschaftswachstum seit der Krise nun schon „zu lange zu niedrig“ sei. Für 2016 hat der IWF die globale Wachstumsprognose gegenüber seiner letzten Prognose um 0,2 Prozentpunkte auf 3,2% zurückgenommen; die für 2017 prognostizierte Wachstumsbeschleunigung hängt laut IWF von einer erfolgreichen Krisenbewältigung in den betroffenen Ländern ab und unterliegt daher erheblicher Unsicherheit (IMF 2016).

Europa war 2015 und Anfang 2016 auf **politischer** Ebene ua durch den starken Anstieg von **Flüchtlingen** aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie durch Verunsicherung infolge einer Reihe von **Terroranschlägen** geprägt. Der schleppende Umgang mit der Flüchtlingsfrage hat die Grenzen der politischen Lösungskapazität und der Solidarität innerhalb der EU sowohl den europäischen Bürgern als auch der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Nationalistische und populistische Strömungen haben in vielen EU-Ländern an Zuspruch gewonnen, die Personenfreizügigkeit wurde mangels funktionierender Außengrenzen durch die partielle Wiedereinführung EU-interner Grenzkontrollen eingeschränkt, mit negativen wirtschaftlichen Folgen auch für die österreichische Wirtschaft. Die vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2015 an Intensität gewinnende „**Brexit**“-Debatte im Vorfeld des britischen Referendums am 23. Juni 2016 über den Verbleib des Landes in der EU überschattete die Stimmung. Sowohl im Vereinigten Königreich als auch in Kontinentaleuropa wären – so der Tenor verfügbarer Untersuchungen (siehe zB HM Government

2016) – die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich und vor allem mit großer Unsicherheit behaftet. Darüber hinaus hätte ein Austritt des Vereinigten Königreichs auch politisch unabsehbare Folgewirkungen (siehe zB Llewellyn, 2016). Aktivitäten zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung im Euroraum, die durch den **Fünf-Präsidenten-Bericht** (Juncker 2015) vom 22. Juni 2015 initiiert worden waren, wurden durch diese großen und drängenden politischen Themen in den Hintergrund gedrängt.

Die Wirtschaftspolitik im Euroraum wurde 2015 und Anfang 2016 maßgeblich von den **weiteren expansiven Maßnahmen der EZB** geprägt. Da die Verbraucherpreisinflation im Euroraum weiterhin deutlich unter jener der EZB-Definition von Preisstabilität lag, setzte die EZB in mehreren Schritten ein Bündel an Maßnahmen, die zumindest bis März 2017 die Menge an Zentralbankgeld laufend massiv erhöhen werden. EZB-Präsident Draghi hat angekündigt, dass die Leitzinsen über diesen Zeithorizont hinaus auf dem aktuellen sehr niedrigen Niveau verharren werden und dass die EZB in unabhängiger Verfolgung ihres Preisstabilitätsmandats, wenn nötig, auch weitere Maßnahmen setzen wird. Die Geldmarkt- und Anleihezinsen wurden dadurch über das gesamte Laufzeitspektrum und über alle Risikoklassen deutlich gedrückt. Die Kundenzinsen wurden dadurch sowohl auf der Spar- als auch auf der Kreditseite noch weiter gesenkt. Die Aktienkurse, die zunächst mit deutlichen Gewinnen reagiert hatten, verzeichneten hingegen vor allem im 1. Quartal 2016 wieder erhebliche Verluste, sodass sich die Finanzierungsbedingungen in diesem Marktsegment weniger vorteilhaft entwickelten als bei Fremdkapital.

In Österreich sind die **Kreditzinsen** für Immobilien- und Unternehmenskredite – wie auch in der Vergangenheit – im Vergleich zu den meisten anderen Ländern besonders niedrig. Allerdings stützen sich die österreichischen Unternehmen in den letzten Jahren vor allem auf die Innenfinanzierung, deren Volumen für den Gesamtsektor beständig über jenem der Bruttoinvestitionen liegt, sodass vergleichsweise geringer Bedarf an Außenfinanzierung besteht. Dementsprechend stagnieren die Bankkredite an den Unternehmenssektor seit einigen Jahren. Trotz der massiven geldpolitischen Unterstützung sind die Unternehmensinvestitionen im Euroraum und auch in Österreich nach wie vor moderat. Die Ursachen für das abwartende und vorsichtige Verhalten der Unternehmen dürften tiefer begründet sein.

Österreich verzeichnete mit nur 0,8% im Jahr **2015** bereits das vierte Jahr in Folge ein sehr gedämpftes **Wirtschaftswachstum**. Der private Konsum wurde von rückläufigen real verfügbaren Haushaltseinkommen und pessimistischer Konsumentenstimmung gedämpft. Da sich Exporte und Importe parallel beschleunigten, ging von den Nettoexporten kein wesentlicher Beitrag zum BIP-Wachstum aus. Die Arbeitslosenquote stieg weiter leicht auf 5,7% (EU-Definition) an. Mit 0,8% lag die HVPI-Inflation im Jahr 2015 zwar sehr niedrig, jedoch weiterhin über den Vergleichswerten des Euroraums und Deutschlands. Unterjährig betrachtet ist jedoch seit dem 4. Quartal 2014 eine Konjunkturerholung zu verzeichnen, die vor allem von den Ausrüstungsinvestitionen getragen war, während sich auch der Rückgang beim Wohnbau abschwächte.

Jüngste Konjunktur- und Stimmungsindikatoren sowie expansiv wirkende Maßnahmen der Wirtschaftspolitik (Steuerreform, Ausgaben für Flüchtlinge,

Wohnbauinitiative) lassen für das Jahr **2016** eine Festigung der Konjunktur erwarten, sodass die OeNB für das Gesamtjahr 2016 ein Wachstum von 1½% erwartet, das sich annähernd ähnlich in den Folgejahren fortsetzen dürfte. Die Konjunktur wird dabei vor allem durch die inländische Nachfrage – sowohl private Investitionen als auch Konsum – getragen, während, die Nettoexporte kaum Dynamik bringen. Die Arbeitslosenquote steigt 2016 vor dem Hintergrund eines kontinuierlich steigenden Arbeitsangebots (Migration, Erhöhung der Erwerbsquote der Wohnsitzbevölkerung ua aufgrund einer Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters) auf 6,0% nach EU-Definition und verharret in den Folgejahren etwa auf diesem Niveau. Die HVPI-Inflation wird in Österreich im Jahr 2016 bei 1% liegen, sollte sich jedoch im Folgejahr wieder der Preisstabilitätsdefinition des EZB-Rats (unter, aber nahe bei 2%) annähern; die um Energie- und Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel bereinigte Kerninflation wird wie auch bereits 2014 und 2015 in Österreich auch im Jahr 2016 weiterhin stabil etwas unter 2% liegen.

Mit 2,7% des BIP war Österreichs Leistungsbilanz im Jahr 2015 wieder deutlich positiv. Zur Verbesserung trugen die unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie die Güterbilanz bei, wobei Maschinen und Fahrzeuge weiterhin eine Säule der Exportentwicklung bildeten. Aber auch der Reiseverkehr konnte einen Rekordüberschuss erzielen. Gemäß den Prognosen der OeNB wird Österreichs Leistungsbilanzüberschuss 2016 auf knapp 3% des BIP steigen und dürfte sich auch in den Folgejahren vor dem Hintergrund einer graduell wachsenden internationalen Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen weiter verbessern. Amerika und die überdurchschnittlich wachsenden Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas tragen die Exportdynamik.

Ausgelöst durch Analysen der OeNB im Rahmen ihrer Wirtschaftsprognose vom Juni 2015 entspann sich eine rege Diskussion über die **Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft**. Insbesondere deutliche Verluste von Exportmarktanteilen am deutschen Markt bei Maschinen und Fahrzeugen, va in der Kfz-Zulieferindustrie, wurden als Signal für mögliche Wettbewerbsfähigkeitsprobleme identifiziert. Weiterführende Arbeiten der OeNB und ein intensiver Expertenaustausch bestätigen diese Diagnose – trotz offener Fragen bei den zugrunde liegenden Daten und Messverfahren – grundsätzlich. Aufgrund einer unterdurchschnittlichen Produktivitäts- und vergleichsweise höheren Lohnentwicklung haben sich die Lohnstückkosten Österreichs in den letzten Jahren unvorteilhaft entwickelt. Die über alle relevanten Erhebungsverfahren und über mehrere Jahre konsistente Verschlechterung bei internationalen Standortrankings Österreichs ist zumindest Zeuge einer in der Einschätzung wirtschaftlicher Entscheidungsträger stattfindenden *subjektiven* Verschlechterung der relativen Standortattraktivität Österreichs. Ratingagenturen bemängeln insbesondere die verminderte Rechtssicherheit für Investoren. Die österreichische Wirtschaftspolitik sowie die Sozialpartner sollten sich dieser Herausforderung gemeinsam und geschlossen stellen und eine zukunftsorientierte Strategie entwickeln, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und um Österreichs Produktionsstruktur auf Bereiche mit hohem Entwicklungs- und Ertragspotenzial auszurichten.

* * *

Der erste Teil des Buchs bietet wie in den Vorjahren eine umfangreiche Darstellung und **Analyse der wichtigsten für die Außenwirtschaft relevanten Entwicklungen**.

Schöffmann und Wörz (OeNB) zeigen auf, dass die **Weltwirtschaft** im Jahr 2015 um +3,1% wuchs, was einen etwas niedrigeren Wert darstellte als in den Jahren zuvor. Dies lag unter anderem am geringeren Wachstum in China und den wirtschaftlichen Problemen in Russland und Brasilien. Haupttreiber der globalen Dynamik waren jedoch nach wie vor die Schwellen- und Entwicklungsländer, auch wenn sich deren Wirtschaftswachstum um 0,6 Prozentpunkte auf 4% verminderte. Die Industriestaaten, welche größtenteils Erdölimporteure sind, profitierten vom Preisverfall der Energiegüter und konnten ihr BIP-Wachstum um 0,1 Prozentpunkte auf +1,9% steigern. Im Gegenzug verursachte der niedrige Ölpreis in erdölexportierenden Staaten Turbulenzen. Das Wachstum im Nahen Osten und Nordafrika wurde zusätzlich gebremst und kam weiterhin auf einem niedrigen Niveau (+2,5%) zu liegen, auch Sub-Sahara-Afrika kämpfte mit dem Preisverfall von Rohstoffen. Laut IWF sollte das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 wieder ansteigen, eine Ausnahme bildet hier der Raum Asien, verursacht durch die weitere Verlangsamung des Wachstums von Chinas Wirtschaft. Die EZB versucht derzeit mit einem sehr niedrigen Zinsniveau Investitionen zu stützen und einer Deflation entgegenzuwirken. Die Zinserhöhung der FED im Dezember 2015 hingegen könnte 2016 die Nachfrage der USA nach Importen bremsen und den Welthandel weiterhin auf einem niedrigen Niveau halten. Das Wachstum des **Welthandels** verlangsamte sich 2015 auf +2,6%, soll aber 2016 wieder auf 3,4% ansteigen (IWF). Die Wachstumsrate wird weiterhin unter dem 20-Jahresdurchschnitt bleiben.

Dorninger, Schernthanner, Schrott, Stowasser und Tasch-Ronner (WKO) berichten, dass die Europäische Kommission im Oktober 2015 bereits zum dritten Mal seit 2006 ihre **Handels- und Investitionsstrategie** für die nächsten vier bis fünf Jahre vorstellte, die maßgebend für die Ausgestaltung der künftigen Rahmenbedingungen des internationalen Handels durch die EU sein wird. Zentrale Punkte der europäischen Handelspolitik sind nach wie vor die **WTO** sowie die laufenden Verhandlungen über bilaterale, regionale und plurilaterale Abkommen der EU mit Drittstaaten. Demnächst wird die WTO 164 Mitglieder zählen. Das „Trade in Services Agreement“ (**TiSA**) nahm 2015 im Verlauf von fünf Verhandlungsrunden Schritt für Schritt ein wenig mehr Gestalt an. Im Zusammenhang mit den zahlreichen bilateralen und regionalen Verhandlungen der EU waren 2015 nach wie vor die Verhandlungen der EU mit den USA zum **TTIP** im Blickpunkt der Öffentlichkeit, insbesondere die Vorstellung der EU-Vorschläge zur Modernisierung der internationalen Investitionsschutzregelungen. Hier geht es vor allem um die Einrichtung eines internationalen Investitionsgerichtshofes mit Berufungsmöglichkeit – ein Vorschlag, der sowohl in die TTIP-Verhandlungen als auch in alle weiteren Verhandlungen der EU mit Drittstaaten eingebracht wird und bereits in die Abkommen der EU mit Vietnam und Kanada aufgenommen werden konnte.

Ragacs und Vondra (OeNB) stellen fest, dass Österreichs BIP-Wachstum im Jahr 2015 mit 0,8% enttäuschend und das vierte Jahr in Folge unter einem

Prozent verharrte. Im Verlauf des Jahres zeigte sich aber das Bild einer verhaltenen konjunkturellen Beschleunigung. Die Beschäftigung entwickelte sich anhaltend robust, in der zweiten Jahreshälfte stieg die Arbeitslosenquote nicht weiter an. Die Inflationsrate lag mit 0,8% weiterhin über jener des Euroraums. Seit Jahresbeginn sind die globalen Konjunkturrisiken gestiegen, die OeNB erwartet aufgrund starker inländischer Konjunkturimpulse ein im Vergleich zu 2015 kräftiges Wachstum für das Gesamtjahr 2016. Die Exportquote erreichte mit 53,8% wieder den historischen Höchstwert des Jahres 2012. Der Rückgang der Ölpreise spiegelte sich im Sinken der Importquote wider. Die Güterbilanz erzielte mit einem Überschuss von 1,0% des BIP ihren historisch besten Wert. Die Exporte nach Deutschland entwickelten sich mit einem Zuwachs von 3,6% äußerst erfreulich, ebenso jene in die USA, die – auch Wechselkursbedingt – um fast 17% zulegen. Die USA ist nun der zweitwichtigste Handelspartner für österreichische Güterexporte. Das erste Mal seit 2011 wiesen wieder alle wichtigen Güterexportbranchen ein positives Exportwachstum auf. Die absoluten Lohnstückkosten Österreichs und Deutschlands entwickeln sich vom Beginn der Krise bis 2015 sehr ähnlich. 2015 wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar um rund 17 Prozent ab, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen gegenüber Anbietern, die in US-Dollar fakturieren, deutlich verbesserte. Die Betrachtung der real effektiven Wechselkurse für die Gesamtwirtschaft zeigt für 2015, trotz eines deutlichen Anstiegs der relativen Lohnstückkosten, eine Verbesserung sowohl der preislichen als auch der kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Die Entwicklung der Marktanteile war in den Jahren 2013 und 2014 je nach Definition und Berechnungsmethode unterschiedlich. Österreichs Anteil an den weltweiten Exporten ist leicht gestiegen, jener an den – mit den österreichischen Exportanteilen gewichteten – Importen der österreichischen Handelspartner aber gesunken.

Pertl (WKO) berichtet, dass die österreichischen Exporte im Jahr 2015 mit einem Zuwachs von 2,7% geringfügig stärker als zuletzt zulegen konnten. Auch bei den Importen wurde mit 2,4% wieder ein Wachstum verzeichnet. Dadurch konnte das Passivum der Handelsbilanz weiter auf 1,4 Mrd Euro reduziert werden. Die Regionen entwickelten sich 2015 sehr unterschiedlich. Die Ausfuhren nach Übersee konnten mit Zuwächsen von 6,3% klar gesteigert werden. Die Ausfuhren nach Europa blieben mit Zuwächsen von 1,8% dagegen zurück. Auch innerhalb Europas waren wieder markante Unterschiede feststellbar. Während die Exporte in die EU um 3,0% anstiegen, konnten jene in die EFTA dank der großen Zuwächse in der Schweiz um 5,0% gesteigert werden. Die Exporte in die übrigen Länder Europas brachen nach den Rückgängen im Vorjahr von 7,7% heuer mit 19,1% drastisch ein.

Dell'mour und Walter (OeNB) befinden, dass Österreich trotz einer neuerlich gedämpften Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahr 2015 aus dem internationalen **Dienstleistungsverkehr** einen Einnahmenüberschuss in Höhe von 11,6 Mrd EUR erzielte. Das ist das zweitbeste bislang gemessene Ergebnis nach dem Spitzenjahr 2008. Getragen wurde diese positive Entwicklung hauptsächlich von der erfolgreichen Positionierung Österreichs als Reiseverkehrsdestination. Bei den Ankünften ausländischer Gäste wurde mit 26,7 Millionen ein

neuerlicher Rekordwert erzielt. Zwar sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste entsprechend dem langjährigen Trend weiter, trotzdem konnte der höchste Wert an Ausländernachtungen seit mehr als 20 Jahren verzeichnet werden (98,7 Millionen). Diese erfreuliche Entwicklung spiegelt sich in den Einnahmen der Tourismuswirtschaft wider, die um 5,2% auf 16,5 Mrd EUR anwuchsen. Die Ausgaben der Österreicher im Ausland stagnierten hingegen im Jahr 2015, sodass der Jahresüberschuss mit 8,4 Mrd EUR auf eine neue Rekordmarke stieg. Wirtschaftsbezogene Dienstleistungen, die den Hauptanteil an den Erlösen und Aufwendungen im Dienstleistungsverkehr darstellen, hatten in den vergangenen Jahren die Auswirkungen der weltweiten Nachfrageschwäche auf die österreichische Wirtschaft gedämpft und stabilisierend auf die Außenwirtschaft gewirkt. Im Jahr 2015 geriet aber auch deren Entwicklung in den Sog der internationalen Konjunkturverlangsamung und hat an Dynamik eingebüßt. Es zeigt sich eine Absatzschwäche in den Schwellenländern sowie eine Dämpfung der Exportentwicklung technologischen Know-hows. Trotz dieses Verlusts an Wachstumsimpulsen konnte immerhin ein Exportwachstum von 3,5% auf rund 36 Mrd EUR erzielt werden. Da die Importe langsamer expandierten, ergab sich ein positiver Effekt auf den Einnahmenüberschuss, der auf 3,3 Mrd EUR anwuchs.

Cernohous (OeNB) stellt fest, dass die weltweiten Direktinvestitionen 2015 wieder angesprungen sind, vor allem in den entwickelten Ländern. Diese haben die Entwicklungs- und Schwellenländer, die in den Vorjahren die Wachstumstreiber waren, abgelöst. Das günstige Investitionsklima hat die geringe Dynamik bei Österreichs Direktinvestitionen nicht verstärken können. Weder haben österreichische Konzerne ihre Beteiligungen im Ausland deutlich aufgestockt, noch haben ausländische Investoren große Investitionen in Österreich getätigt. Abzüglich verschiedener Sondereffekte ist das „Kernwachstum“ auf beiden Seiten äußerst gering. Eine frühe Schätzung der Direktinvestitionerträge anhand von Gewinnausschüttungen lässt schwache Gewinne sowohl bei aktiven als auch bei passiven Direktinvestitionen erwarten.

* * *

Seit der einstimmigen Verabschiedung des Verhandlungsmandats durch die 28 EU-Mitgliedstaaten im Juni 2013 und dem unmittelbar folgenden Verhandlungsstart für ein Handelsabkommen der EU mit den USA verhandeln die beiden Vertragsparteien in mittlerweile 13 Verhandlungsrunden die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz „TTIP“. Unser diesjähriger TTIP-Schwerpunkt soll neben sachlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Analysen des TTIP auch den Versuch einer Erklärung der politischen Dynamik zu den TTIP-Verhandlungen unternehmen. Laut Eurobarometer-Umfrage vom November 2015 befürwortet eine gesamteuropäische Mehrheit (53%) ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und der EU, 32% sprechen sich dagegen aus. In 24 EU-Mitgliedstaaten spricht sich die Mehrheit der Befragten für ein solches Abkommen aus. In Österreich sprechen sich 70% der Befragten – die Skepsis ist hier EU-weit am höchsten – gegen dieses Abkommen aus (Europäische Kommission, 2015). Dem steht gegenüber, dass die USA nach Deutschland

mittlerweile der zweitwichtigste Handelspartner für österreichische Firmen sind und die Wertschöpfung aus Exporten in die USA zu einem beträchtlichen Teil nicht nur aus den Direktexporten von Waren und Dienstleistungen, sondern auch aus Exporten von Vorleistungen an weitere wichtige Handelspartner innerhalb und außerhalb des EU-Binnenmarktes erfolgt, die diese in ihre für den US-Markt bestimmten Zwischen- und Endprodukte einarbeiten. Die Mehrheit der österreichischen Industriesektoren zeichnet sich zudem durch eine gegenüber den USA hohe Wettbewerbsfähigkeit aus. Einige Simulationen weisen für Österreich im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten hohe positive Wertschöpfungseffekte aus.

Felbermayr (CesIFO) gibt einen Überblick über Modellsimulationen, welche die ökonomischen Effekte von angenommenen Verhandlungsergebnissen für TTIP schätzen. Schon alleine die gemeinsame Marktgröße der EU und USA legt positive ökonomische Effekte aufgrund von Zollreduktionen, Kosteneinsparungen im Bereich der bestehenden Regulierungsunterschiede und einer verstärkten Kooperation zwischen den beiden Wirtschaftsräumen nahe. Diese Effekte sind jedoch schwer abzuschätzen: Unsicherheiten in bestehenden wissenschaftlichen Studien betreffend Modellannahmen, Daten und verwendete Szenarien sind groß. Nichtsdestotrotz ist das wirtschaftliche Potenzial eines umfangreichen Handelsabkommens beträchtlich. Es existiert eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien, welche von positiven BIP/Kopf-Effekten ausgehen. Diese betragen für die EU zwischen 0,5% und 4% und bewegen sich für die USA in einem ähnlichen Bereich. Beinahe sämtliche positiven wirtschaftlichen Effekte werden dabei durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse generiert und entstehen durch Preisreduktionen für Zwischenprodukte und Enderzeugnisse, eine steigende Produktvielfalt sowie durch eine höhere Produktivität. Nahezu alle EU-Mitgliedstaaten profitieren laut den Studien von TTIP, während am Abkommen nicht beteiligte Länder gegebenenfalls mit negativen Effekten rechnen müssen. Schätzungen zu den Arbeitsmarktauswirkungen sind mit noch höheren Unsicherheiten verbunden. Auf lange Sicht werden diese Effekte wahrscheinlich gering, jedoch positiv sein. TTIP könnte weiters die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den zwei Wirtschaftsräumen erhöhen. Die Auswirkungen werden jedoch nur gering sein, da die beiden Handelspartner eine ähnliche Struktur der komparativen Kostenvorteile aufweisen. Die bisherigen Studien stellen die Untergrenze der zu erwartenden positiven Auswirkungen des Freihandelsabkommens dar, da sich sämtliche Analysen auf statische Modelle stützen, welche Effekte auf Forschung und Entwicklung, Technologieübernahme und Humankapitalbildung vernachlässigen.

Hufbauer und Cimino-Isaacs (Peterson Institute) analysieren, inwieweit das bereits verhandelte **Abkommen über die Transpazifische Partnerschaft eine Blaupause für die TTIP-Verhandlungen** darstellen kann. Neben den Verträgen, welche die Grundlage der EU bilden, stelle die Transpazifische Partnerschaft (TPP) das bisher ambitionierteste regionale Handels- und Investitionsabkommen dar. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass TPP als Maßstab für ein künftiges Freihandelsabkommen der APEC-Staaten dienen kann. Ob TPP auch als Vorlage eines umfassenden TTIP-Abkommens relevant ist, ist vom weiteren Verhandlungsverlauf abhängig. Der Artikel analysiert wichtige Ab-

schnitte des TPP, um daraus Einschätzungen betreffend mögliche Ergebnisse des TTIP ableiten zu können. Insbesondere wird auf Ziele der TTIP-Verhandlungen eingegangen, welche weit über die Verhandlungsergebnisse des TPP hinausgehen.

Aggarwal (University of California at Berkeley) und Evenett (Universität St. Gallen) widmen sich der Thematik, welche **politische Dynamik die Integration von Regulierungsfragen in großen Handelsabkommen** entwickeln wird. Es wird erwartet, dass die größten wirtschaftlichen Vorteile des ausverhandelten TTIP aus einer stärkeren regulatorischen Kohärenz erwachsen. Dem gegenüber stehen stark unterschiedliche Positionen der beiden Verhandlungsparteien in einigen Regulierungsbereichen. In diesem Beitrag wird untersucht, welche Faktoren für die Verhandlungen von Mega-Freihandelsabkommen wie TTIP bestimmend sind. Wie weit können solche Abkommen im Hinblick auf die Abschaffung von regulatorischen Handelshemmnissen „hinter die Grenzen“ gehen und für Handelsregeln des 21. Jahrhunderts beispielgebend sein?

Karas (Abgeordneter zum Europäischen Parlament) zeigt die **Rolle des Europäischen Parlaments während und nach Abschluss der TTIP-Verhandlungen** auf. In der aktuellen Debatte herrscht die Meinung vor, dass über TTIP bereits entschieden wurde. Dabei handelt es sich bei dem Abschluss von Handelsabkommen um einen vielschichtigen und komplexen Prozess, in dem die EU-Institutionen eingebunden sind und entscheiden. Durch den 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon wurde nicht nur die Gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union weiter ausgebaut, sondern auch die Rolle des Europäischen Parlaments aufgewertet und gestärkt. Der Autor arbeitet die besondere Rolle der Bürgerkammer Europas in Handelsangelegenheiten im Allgemeinen und in den TTIP-Verhandlungen im Speziellen heraus.

Pitlik (WIFO) geht anhand einer ökonometrischen Schätzung der Frage nach, welche **Faktoren eine negative bzw positive Haltung zu TTIP beeinflussen**. In einigen EU-Mitgliedsländern, insbesondere in Österreich und Deutschland, haben gegen TTIP gerichtete Proteste und politische Kampagnen erhebliche Unterstützung erfahren. In diesem Artikel werden Faktoren der politischen Unterstützung oder Gegnerschaft von TTIP analysiert. Pitlik fokussiert vor allem auf die Rolle von Vertrauen in Unternehmen und in politische Institutionen für die Formierung von politischen Haltungen zu wirtschaftlichen Regulierungen. Für die empirische Untersuchung greift er auf Daten des Eurobarometer Survey zurück. Die Ergebnisse zeigen, dass geringe Unterstützung für TTIP vor allem mit geringem Vertrauen in die EU-Kommission und in Großunternehmen einhergeht. Die Ablehnung von TTIP korreliert außerdem mit der Intensität politischer Kampagnen, die gegen TTIP gerichtet sind.

Reinisch und Stifter (Universität Wien) beleuchten den von **der EU vorgeschlagenen Entwurf eines neuen Investitionsgerichtssystems**. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon erhielt die Europäische Union die Kompetenz, internationale Investitionsschutzabkommen im Rahmen der Gemeinsamen Handelspolitik abzuschließen. Auf dieser Grundlage wurden von der Europäischen Kommission Handels- und Investitionsschutzverträge mit Kanada, Singapur und Vietnam ausverhandelt. Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit den USA hingegen befindet sich noch im Ver-

handlungsstadium. All diesen geplanten Abkommen ist gemein, dass sie umfassende Investitionsschutzkapitel enthalten sollen. Eine breite Öffentlichkeit steht den Themen Investitionsschutz und insbesondere der darin üblicherweise vorgesehenen Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit allerdings äußerst kritisch gegenüber. Als Reaktion darauf veröffentlichte die EU-Kommission den Entwurf eines Investitionsschutzkapitels für TTIP, in dem sie die Errichtung eines „Investitionsgerichtssystems“ anregt. Dieser Beitrag widmet sich den damit in Verbindung stehenden ausgewählten Fragen: Wie ist die Funktionsweise dieses „Investitionsgerichtssystems“ und inwiefern handelt es sich um ein „Gericht“? Ist die Einrichtung eines solchen „Investitionsgerichts“ mit dem Unionsrecht vereinbar?

Pelkmans (CEPS) analysiert den Sektorannex „Maschinenbau“¹ zum Verhandlungskapitel „Regulatorische Kooperation“, in dem es primär um die Beseitigung regulatorischer Barrieren geht. In der regulatorischen Zusammenarbeit im Warenbereich sieht sich der Bereich des Ingenieurwesens tradierten, aber vermeidbaren „Handelskosten“ beim Austausch der Waren zwischen den USA und der EU gegenüber. Diese Handelskosten haben ihren Ursprung in sogenannten technischen Handelshemmnissen, welche durch unterschiedliche technische Standards und unterschiedliche Risikoregulierung in der EU und den USA bedingt sind. Ebenso bestehen Hürden in der wechselseitigen Anerkennung von ähnlichen Standards. Diese **technischen Handelshemmnisse erschweren den Handel nicht zuletzt für KMU und verteuern europäische Maschinen in den USA**. Da sich die Normungssysteme zwischen den USA und der EU generisch unterscheiden, gestalten sich große Annäherungen in diesem Bereich für die TTIP-Verhandler als schwierig.

Christen, Oberhofer, Reinstaller und Reschenhofer (WIFO) untersuchen die mögliche Auswirkung des Abschlusses der „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) auf die **bilateralen Handelsbeziehungen in der Sachgütererzeugung zwischen Österreich und den USA**. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die **Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit** einzelner Branchen im bilateralen Handel mit den USA gelegt. Die empirische Evidenz, lässt den Schluss zu, dass TTIP für die österreichische Sachgütererzeugung vorteilhaft wäre. Die Entwicklung des bilateralen Warenhandels mit den USA ist bereits in den vergangenen 15 Jahren für Österreich sehr vorteilhaft verlaufen, wenngleich Schlüsselbranchen infolge der letzten Wirtschaftskrise an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die für Österreich grundsätzlich vorteilhafte Entwicklung fortsetzen könnte und durch TTIP möglicherweise sogar beschleunigt würde. Die Ergebnisse zeigen auch, dass Freihandelsabkommen dahingehend wirken, dass sie die strukturverhärtende Wirkung lokaler externer Effekte abschwächen, und sich damit positiv auf den Strukturwandel in der österreichischen Sachgütererzeugung auswirken können. Dieser zusätzliche Effekt von

¹ In den englischen Dokumenten wird dieser Annex als „Engineering“ bezeichnet. In den deutschen Übersetzungen werden unterschiedliche Begriffe wie „Maschinenbau“, „Technische Erzeugnisse“ und „Ingenieurwesen“ verwendet.

Freihandelsabkommen wurde in bisherigen Studien nicht festgestellt, könnte aber für die österreichische Sachgütererzeugung, in der in der Vergangenheit wiederholt eine Strukturverhärtung diagnostiziert wurde, bedeutend sein.

Schmid und Pertl (WKÖ) werten die TiVA-Datenbank der OECD aus, um die **österreichische Wertschöpfung durch heimische Exporte in die USA** zu bestimmen. Die Autoren analysieren die österreichischen Exportverflechtungen mit den USA basierend auf den Güterexportwerten und den Wertschöpfungsexporten sowohl auf nationaler als auch auf sektoraler Ebene. Auf nationaler Ebene kann gefolgert werden, dass seit 1995 sowohl der Warenexportwert als auch die Wertschöpfungsexporte – in absoluter und relativer Betrachtungsweise – in die USA stark gestiegen sind. Die durch Direktexporte in die USA ausgelöste heimische Wertschöpfung (Wertschöpfungsexporte) betrug 2011 6,5 Mrd USD. Berücksichtigt man auch die generierte heimische Wertschöpfung durch indirekte Exporte – dh über andere Länder – in die USA, steigt dieser Wert auf 9,6 Mrd USD an. Die sektorale Analyse zeigt, dass in der Wertschöpfungsexportbetrachtung insbesondere Dienstleistungssektoren profitieren, welche basierend auf der konventionellen Darstellung der Exporte anhand von Güterströmen nicht so stark mit den USA verflochten sind (Handel, unternehmensnahe Dienstleistungen, Finanz, Transport und Telekommunikation). Zudem verlieren die gemäß konventioneller Handelsstatistik „klassischen“ heimischen Exportsektoren in die USA (Maschinen, Fahrzeugbau, Chemie, Metallherzeugung und -erzeugnisse) an sektoraler Bedeutung, wenn Wertschöpfungsexporte betrachtet werden.

* * *

„Schwerpunkt Außenwirtschaft“ erscheint heuer zum fünften Mal. Die rege Nachfrage und zahlreiche positive Rückmeldungen zu den früheren Ausgaben bestätigen die Notwendigkeit einer regelmäßigen auch schriftlichen Aufarbeitung und eines „Diskussionsforums“ zu Belangen der österreichischen Außenwirtschaft, sowohl zu laufenden Entwicklungen als auch zu spezifischen aktuellen Themenstellungen. Die Publikation wird wieder in enger Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Nationalbank und der Wirtschaftskammer Österreich herausgegeben. Die vielfältigen Anknüpfungspunkte dieser Institutionen reichen von der Erstellung der Zahlungsbilanzstatistik und makroökonomischer Prognosen sowie der Analyse und Beaufsichtigung des Finanzsektors im Fall der OeNB über die enge Zusammenarbeit mit und die Betreuung von Exportunternehmen sowie die Grundlagenarbeit und Positionierung in der internationalen Handelspolitik im Fall der WKÖ bis hin zum gemeinsamen gesamtwirtschaftlichen Interesse beider Institutionen. Wir danken den Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge und hoffen, dass der Band neben seiner Funktion als Dokumentations- und Nachschlagewerk auch Ideen und Impulse für die Gestalter der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik bietet.

Literatur

- Europäische Kommission (2015), Standard-Eurobarometer 84, Herbst 2015, Erste Ergebnisse. <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/70151>
- HM Government (2016), HM Treasury analysis: the long-term economic impact of EU membership and the alternatives, Cm9250, April. https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/517415/treasury_analysis_economic_impact_of_eu_membership_web.pdf
- IMF (2016), World Economic Outlook. April. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/01/>
- Juncker, Jean-Claude (2015), Completing Europe's Economic and Monetary Union. https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_en.pdf
- Llewellyn, David T. (2016), Ten Myths in the Brexit Debate. SUEF Policy Note Issue No 7, May 2016. <http://www.suerf.org>